

MdB-Büro Susanne Ferschl
10.12.2024

Auswertung Schriftliche Frage Vergabe und BTTG (Frage Nr. 11/440)

Zusammenfassung:

Die Auftragswerte von Vergaben auf Bundesebene lagen 2022 und 2023 bei zusammen 31,8 Milliarden Euro. Hätte die Bundesregierung frühzeitig in der laufenden Legislaturperiode ein Bundestariftreugesetz auf den Weg gebracht, wäre ein großer Teil dieser Vergaben unter tariflichen Bedingungen erfolgt.

Die Herausnahme der Vergaben der Bundeswehr aus dem Bundestariftreugesetz, wie es der Ende November Kabinett beschlossene Gesetzentwurf vorsieht, hat zur Folge, dass nach aktuellem Stand (Wert 2023) Vergaben mit einem Auftragswert in Höhe von 6,5 Milliarden nicht den Vergaben des Tariftreugesetzes unterworfen werden und somit keine tariflichen Arbeitsbedingungen zur Anwendung kommen müssen.

Auswertung im Einzelnen:

Vergabevolumen 2021-2023

Die obersten, oberen, mittleren und unteren Bundesbehörden haben im Jahr 2021 Vergaben mit einem Auftragswert von insgesamt 9,4 Milliarden Euro durchgeführt. In 2022 waren es bereits 14,8 Milliarden und in 2023 16,95 Milliarden Euro. Das entspricht einer Steigerung um 79,6 Prozent binnen zwei Jahren – bei sinkender Zahl öffentlicher Aufträge. Die Gesamtzahl der Aufträge sank von 9.520 im Jahr 2021 auf 7.857 im Jahr 2023 (-17,5 Prozent).

Vergabevolumen Bundeswehr 2021-2023

Im Jahr 2021 hat die Bundeswehr insgesamt 2.689 Vergaben im Auftragswert von 3,1 Milliarden Euro getätigt, im Jahr 2022 waren es 3.122 Aufträge in Höhe von 5,1 Milliarden und im Jahr 2023 bereits 3.222 Vergaben in Höhe von mehr als 6,5 Milliarden Euro. Im Jahr 2023 lag der Auftragswert der Vergaben somit mehr als doppelt so hoch wie im Jahr 2021.

Die Gesamtzahl der von der Bundeswehr vergebenen öffentlichen Aufträge hat sich binnen zwei Jahren um 20 Prozent erhöht.

	2021		2022		2023 ¹⁾	
	Anzahl	Auftragswert in Euro	Anzahl	Auftragswert in Euro	Anzahl	Auftragswert in Euro
Bundeswehr	2.689	3.092.286.025	3.122	5.075.408.166	3.222	6.515.380.490

MdB-Büro Susanne Ferschl
10.12.2024

O-Ton Susanne Ferschl MdB, Gewerkschafts- und arbeitsmarktpolitische Sprecherin für die Linke im Bundestag:

„Mit öffentlichen Aufträgen in Milliardenhöhe kann der Staat durchaus Standards bei den Arbeitsbedingungen setzen. Diese Chance hat die Ampel grandios in den Sand gesetzt. So können sich viele Firmen weiterhin durch Lohndumping einen Wettbewerbsvorteil verschaffen und der Staat subventioniert das de facto auch noch. Dass Vergaben an die Bundeswehr aber komplett aus dem geplanten Tariftreuegesetz ausgenommen wurden, schlägt dem Fass den Boden aus. Es entlarvt das Kanzler-Versprechen, innere, äußere und soziale Sicherheit nicht gegeneinander auszuspielen, als hohle Phrase. Was SPD und GRÜNE hier planen, ist, dass die Zeitenwende aktiv über die Herabsenkung der Arbeitsbedingungen von Menschen, die Leistungen für die Bundeswehr erbringen, finanziert wird. Das ist ein Angriff auf Beschäftigtenrechte, dem sich die Linke entschlossen entgegenstellen wird.“